

1. Beschreiben Sie sich in 5 Sätzen.

Ich komme ursprünglich daher, wo angeblich die glücklichsten Menschen der Republik leben: aus dem niedersächsischen Osnabrück. Solange ich denken kann war es immer mein großer Wunsch, an einer besseren Welt zu arbeiten, in der es keine Armut und keine Ausbeutung gibt, stattdessen Respekt vor Mensch und Natur. Ich bin Vollblutpolitikerin und will da mitmischen, wo die Entscheidungen fallen. Ich bin selbstbewusst, leidenschaftlich, engagiert bei der Sache, kommunikativ und inklusiv, ein bisschen aufbrausend und habe Interesse an Menschen. Ich gehe sehr gern mit meinem Pony im Wald spazieren und halte Teestündchen mit guten Freund*innen, ich schaue gerne in den Himmel und denke in Ruhe nach.

2. Wann und warum wurden Sie politisch aktiv und weshalb haben Sie sich für diese Partei entschieden?

Ich habe mich schon am Gymnasium als Klassen- und Schulsprecherin in politische Diskussionen eingebracht. Anfang der Neunzigerjahre wurden verstärkt ökologische Fragen aufgeworfen, und auch das Thema Rechtsextremismus und Flüchtlingspolitik beschäftigte mich. Aus heutiger Sicht etwas unwirklich ist die Tatsache, dass ich damals mit anderen Gleichaltrigen einen Ortsverein der Jungen Union gründete, weil wir uns politisch engagieren wollten. Ich finde es aber nicht dramatisch, dass man sich als junger Mensch ausprobieren will. Bald erkannte ich, dass ich meine politische Heimat eher in einer anderen Partei finden würde. Ich habe mich aber immer auch außerhalb der Partei engagiert: in der Hochschulpolitik, in der Friedensbewegung, in Sozialbündnissen, in der Arbeit gegen Rechts, in Flüchtlingsinitiativen und nicht zuletzt für die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung.

3. Wie möchten Sie in den Bürgerdialog treten, wenn Sie in den Bundestag gewählt werden? Und wie möchten Sie insbesondere die Jugend erreichen?

Ich bin seit meiner Wahl immer im Dialog mit den Bürger*innen. Ich biete eine Sprechstunde an (in Pandemiezeiten natürlich digital) und bekomme dabei viel mit von den Sorgen und Nöten, die viele im Umgang mit Ämtern und Behörden haben. Ich bin viel im Wahlkreis unterwegs und treffe dabei die unterschiedlichsten Menschen. Meinen Facebook-Account betreue ich persönlich und werde auch dort oft kontaktiert. Besonders freue ich mich aber immer, wenn ich zu Schulbesuchen eingeladen werde oder mich Schulklassen in Berlin besuchen. Auch die Informationsfahrten nach Berlin, die ich für alle Bürger*innen anbiete, sind immer eine gute Gelegenheit, um mit den Leuten ins Gespräch zu kommen.

4. Wie stehen Sie zu Minijobs und halten Sie eine Erhöhung des Mindestlohns auf 12€ für die kommende Legislaturperiode realistisch?

Dieser Frage scheint ein Missverständnis zugrunde zu liegen. Wir wollen den gesetzlichen Mindestlohn nicht erst im Laufe der Legislaturperiode auf 12 Euro anheben, sondern sofort. Anschließend muss der Mindestlohn weiter steigen, um mindestens der Entwicklung der Tariflöhne zu entsprechen. Für nicht realistisch halte ich hingegen die Annahme, man könne ohne diese Maßnahme Menschen wirksam vor Armut schützen.

Dazu gehört auch, dass wir Minijobs, mit Ausnahmen für Studierende, Schüler*innen und Rentner*innen, in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überführen.

5. Wie möchten Sie sicherstellen, dass unsere und künftige Generationen eine ausreichende Rente erhalten?

Wir wollen die gesetzliche Rentenversicherung schrittweise zu einer Bürger*innenversicherung weiterentwickeln, in die perspektivisch alle einbezogen werden, damit alle gut abgesichert sind. Um Altersarmut zu verhindern, werden wir die Grundrente reparieren und zu einer echten Garantierente weiterentwickeln, die deutlich mehr Menschen als bisher einbezieht und finanziell besserstellt.

Um das Rentenniveau zu sichern, wollen wir außerdem unter anderem die Frauenerwerbstätigkeit durch ein Recht auf Rückkehr in Vollzeit erhöhen, ein echtes Einwanderungsgesetz schaffen und die Beschäftigungssituation älterer Arbeitnehmer*innen verbessern. Um die Belastungen der Versicherten und der Arbeitgeber*innen zu begrenzen, sollen bei Bedarf die Steuerzuschüsse erhöht werden.

6. Was wollen Sie konkret tun, damit sich junge Menschen (z.B. Auszubildende, Studierende, einfache Angestellte) eine Wohnung oder gar ein Eigenheim in den Städten unseres Wahlkreises künftig wieder leisten können, damit Sie nicht gezwungen sind ihr soziales Umfeld zu verlassen?

Wir wollen neuen Wohnraum schaffen – und zwar vor allem familiengerecht, sozialraum- und gemeinwohlorientiert. Wir werden deshalb die Mittel für den sozialen Wohnungsbau deutlich erhöhen. Wir werden die Kommunen unterstützen, ihre bestehenden Wohnungsgesellschaften zu stärken und neue zu gründen. Die noch vorhandenen bundeseigenen Bestände sollen nicht mehr an private Investor*innen veräußert, sondern ausschließlich verbilligt an Kommunen mit einer dauerhaften Sozialbindung abgegeben werden. So wollen wir in den nächsten zehn Jahren den Bestand an Sozialwohnungen um eine Million erhöhen. Wir wollen die Mietpreisbremse entfristen und deutlich nachschärfen. Reguläre Mieterhöhungen sollen auf 2,5 Prozent im Jahr innerhalb des Mietspiegels begrenzt werden. Mietwucher muss – nach § 5 Wirtschaftsstrafgesetz – auch tatsächlich geahndet werden.

Wir wollen den Erwerb von Wohneigentum erleichtern. Deshalb soll das Prinzip „Wer den Makler bestellt, bezahlt“ genauso für Immobilienkäufe eingeführt werden, so wie es für Maklerprovisionen bei Vermietungen bereits gilt. Wir streben an, die Courtage deutlich zu reduzieren, damit sie nicht auf verstecktem Weg zu noch höheren Kaufpreisen führt. Beteiligungen an Genossenschaften und den gemeinschaftlichen Erwerb durch Mieter*innen wollen wir unterstützen, zum Beispiel indem wir unbürokratisch günstige Kredite oder Bürgschaften gewähren.

7. Nennen Sie drei konkrete Maßnahmen, wie Sie den ländlichen Raum als attraktiven Lebensraum für die Zukunft gestalten möchten?

Wir brauchen gute Infrastruktur und den Zugang zu öffentlichen Gütern in den Kommunen. Deshalb wollen wir eine neue Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“ im Grundgesetz verankern.

Mit Regionalbudgets geben wir Bürger*innen und Akteur*innen vor Ort die Möglichkeit, ihre Dörfer und Städte selbstbestimmt zu entwickeln und zu gestalten.

Wir wollen mit den Kommunen und Initiativen vor Ort eine Bundesstrategie „Orte des Zusammenhalts“ auf den Weg bringen. Mit der gezielten Ansiedlung von neuen Forschungsinstituten werden wir in strukturschwachen Regionen wichtige Impulse setzen.

8. Wie möchten Sie dem Fachkräftemangel entgegenwirken und Berufsausbildungen bewerben?

Wir wollen mit der Ausbildungsgarantie allen jungen Menschen den Beginn einer anerkannten Ausbildung ermöglichen und das Recht auf Ausbildung absichern.

Unternehmen, die ausbilden wollen, unterstützen wir über eine Umlagefinanzierung. So kann es gelingen, dass Betriebe ermutigt werden, weiterhin und verstärkt auszubilden, und junge Menschen – gerade in ländlichen Regionen – erhalten eine Bleibeperspektive. Mit dem Ausbau und der Verbesserung der inklusiven assistierten Ausbildung und ausbildungsbegleitender Hilfen wollen wir mehr Jugendliche in Ausbildung unterstützen. Einzelne Ausbildungsbausteine sollen als Teilqualifikationen zertifiziert und anerkannt werden können, damit keine Leistung auf dem Weg zum vollwertigen Berufsabschluss verloren geht.

Wir wollen, dass berufliche und akademische Bildung gleichwertige Chancen auf eine selbstbestimmte Lebensplanung und ein erfolgreiches Arbeitsleben bieten und eine echte Wahlfreiheit für junge Menschen besteht. Dafür müssen alle berufsbildenden Schulen gut ausgestattet sein und Ausbildungen müssen ein eigenständiges Leben oberhalb der Armutsgrenze ermöglichen. Deshalb setzen wir uns für eine Mindestausbildungsvergütung von mindestens 80 Prozent der durchschnittlichen, tariflichen Ausbildungsvergütungen ein.

9. Wie kann man den geringen Teilhabechancen von Kindern aus einkommensschwachen Familien entgegenwirken?

Mit einem Nationalen Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung wollen wir sicherstellen, dass alle Kinder und Jugendlichen über ihre Rechte informiert sind und unabhängig vom soziokulturellen Hintergrund und vom Aufenthaltsstatus altersgerecht und niedrigschwellig Beteiligung leben können. Die Offene Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Frühe Hilfen und alle Formen von Hilfen zur Erziehung werden wir gemeinsam mit Ländern und Kommunen sicherstellen und Räume für Jugendliche nachhaltig fördern.

Wir stärken die digitale Bildung als Gemeinschaftsaufgabe von Eltern, Bildungseinrichtungen und der Jugendhilfe mit Fortbildungen für Fachkräfte und Unterstützungsangeboten für Eltern. Alle sollen digitale Kompetenzen erwerben können, das geht nur mit entsprechender Hardware und Internetanbindung: Kinder, die in Armut leben, erhalten für die Schule ein digitales Endgerät, wenn sie dieses benötigen.

Jedes Kind verdient unsere Unterstützung, denn Zukunftschancen dürfen nicht von der sozialen Herkunft abhängen. Daher werden wir eine Gesamtstrategie zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut entwickeln und umsetzen. Neben hervorragender Infrastruktur werden wir Familien mit einer einfachen und gerechten Kinder- und Familienförderung stärken: der Kindergrundsicherung.

10. Für welche konkreten Maßnahmen möchten Sie sich einsetzen, um dem Klimawandel entgegenzuwirken? Vor allem in Bezug auf die Zukunft der Industrie?

Wir bringen Strom, Wärme, Verkehr und Industrie zusammen, beenden Energieverschwendung und sorgen so für eine effiziente Verzahnung dieser Bereiche. Statt auf Kohle, Öl und fossilem Gas wird das Energiesystem auf Sonnen- und Windenergie basieren.

Von jetzt an wird belohnt und gefördert, was Mensch und Tier, Klima und Natur schützt. Und was zerstörerisch wirkt, muss dafür auch die Kosten tragen und so schnell wie möglich überwunden werden.

Nicht nur der Strom, auch das Benzin in unseren Autos, das Kerosin im Flugzeugtank, das Schweröl im Schiff, das Öl für die Heizung und das Gas im Industriebetrieb müssen auf erneuerbare Energien

umgestellt werden. Dazu braucht es zuallererst eine massive Ausbauoffensive für die Erneuerbaren, die so schnell wie möglich umgesetzt wird.

Wir werden das noch immer ungenügende Klimaschutzgesetz nachschärfen, die Rolle des Expertenrates für Klimafragen stärken und das deutsche Klimaziel 2030 auf mindestens minus 70 Prozent anheben. Unser Ziel ist es, 100 Prozent erneuerbare Energien bis 2035 zu erreichen. So kann Deutschland in 20 Jahren klimaneutral werden.

11. Wie sähe nach ihrer Wunschvorstellung das deutsche Verkehrswesen im Jahr 2035 aus?

Im Jahr 2035 werden nach meiner realistischen Wunschvorstellung die letzten Neuzulassungen von Autos mit Verbrennungsmotor schon fünf Jahre zurück liegen, also wird sich die Anzahl der Stinker auf unseren Straßen bereits merklich reduziert haben. Wir schaffen eine neue Mobilität mit der Bahn, dem Rad, zu Fuß oder mit emissionsfreien Autos. Die Zukunft wird damit nicht nur sauberer, sondern auch leiser, gesünder, günstiger und sozial gerechter. Weniger Autos in der Stadt bedeuten mehr Platz für uns Menschen. Leisere Straßen und saubere Luft dienen besonders jenen, die sich nicht die Villa am ruhigen Stadtrand leisten können. Mehr Angebote an klima- und umweltfreundlichen Verkehrsmitteln, zum Beispiel Rufbussen oder Carsharing, erleichtern zu pendeln und befördern ein gutes Leben auf dem Land.

12. Wo sehen Sie Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern? Nennen Sie jeweils zwei Punkte, bei denen Sie Deutschland als Vorreiter und Schlusslicht der EU sehen. Und nennen Sie konkrete Lösungsvorschläge zu Letzterem.

Schlusslicht sind wir mittlerweile tatsächlich in punkto Digitalisierung und Breitbandausbau. Hier muss dringend etwas passieren. Auch was die Bildungschancen betrifft, hinken wir hinterher: die soziale Selektivität unseres gegliederten Schulsystems zementiert soziale Ungleichheit. Gleiche Lebenschancen für alle Kinder heißt, dass wir uns für gemeinsames Lernen und individuelle Förderung für alle Kinder von der KiTa bis zum Schulabschluss einsetzen.

Vorreiter sind wir mit unserem dualen Ausbildungssystem, um das wir vielfach beneidet werden – wir sollten es uns bewahren. Auch mit unserem Erneuerbare-Energien-Gesetz waren wir mal Vorreiter – und sollten es schleunigst wieder werden.

13. Wieso ist Alkohol frei verkäuflich Cannabis aber nicht?

Warum Cannabis nicht frei verkäuflich ist, müssten Sie eine der Verbotsparteien fragen, die dieses Verbot durchgesetzt haben. Wir waren das nicht. Das derzeitige Verbot von Cannabis verursacht mehr Probleme, als es löst. Deshalb werden wir dem Schwarzmarkt den Boden entziehen und mit einem Cannabiskontrollgesetz auf der Grundlage eines strikten Jugend- und Verbraucherschutzes einen regulierten Verkauf von Cannabis in lizenzierten Fachgeschäften ermöglichen. Die Versorgung mit medizinischem Cannabis wollen wir verbessern und die Forschung dazu unterstützen.

Falls die Frage auch darauf abzielt, den Verkauf von Alkohol zu verbieten: dafür sind wir nicht. Auf dem Schwarzmarkt existiert kein Jugend- und Verbraucherschutz. Wir stärken die Suchtprävention mit modernen Ansätzen und digitalen Medien unter Einbeziehung der Zielgruppe, auch für Alkohol, Medikamente und Tabak. Für Drogen soll nicht geworben werden.

14. Was halten Sie vom Wahlrecht ab 16 Jahren auf Bundesebene?

Eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre wäre ein guter erster Schritt. Für die Wahlalterabsenkung benötigt man eine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit. Um möglichst

breite Bündnisse dafür schmieden zu können, wollen wir uns in der kommenden Legislaturperiode mit diesem Schritt begnügen. Auf Basis einer Evaluation des Wahlalters 16 wollen wir das Wahlalter danach ggf. weiter absenken. Demokratie lebt von der Gestaltung und dem Engagement aller Bürger*innen, vom Kindes- bis ins hohe Alter. Viele politische Entscheidungen von heute sind entscheidend für die Zukunft junger Menschen, und viele junge Menschen übernehmen früh Verantwortung für die Gesellschaft. Wenn Jugendliche in ihrem Lebensalltag demokratische Erfahrungen machen und ihre Rechte wahrnehmen können, stärkt das die Demokratie und macht sie zukunftssicherer.

15. Wenn Sie die Möglichkeit hätten den Bundestag für einen Tag zu gestalten, was würden Sie tun und welche Message würden sie damit überbringen wollen?

Ich würde zuallererst die Schilder ersetzen, auf denen „Plenarbereich Reichstagsgebäude“ steht. Es ist nicht einzusehen, dass die demokratische Institution Deutscher Bundestag nach wie vor in einem Gebäude tagt, dessen Bezeichnung an vordemokratische Zeiten erinnert. Dann würde ich an diesem Tag auch die Inschrift über dem Portal „Dem deutschen Volke“ ändern. Ich finde, man sollte dem Gebäude ansehen, dass wir darin nicht etwa ausschließlich für deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger Politik machen, sondern für alle Menschen, die in unserem Land leben. Ich würde den Tag dazu nutzen, Workshops zu veranstalten und gemeinsam mit einer bunten Mischung von Menschen aus allen Bevölkerungsschichten darüber diskutieren, wie man die Inschrift ersetzen und das Gebäude umbenennen könnte.